

# Nachhaltige Entwicklung dank gesicherter Steuereinnahmen



*Isabelle Rihm*

Werkstadt Basel/Ökimedia  
Postfach  
4001 Basel

Mit dem Dialogprozess WERKSTADT BASEL, den der Grosse Rat im Juni 1997 bewilligt hat, verfolgt der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt primär das Ziel, die Steuereinnahmen von natürlichen Personen langfristig zu sichern. Dies, nachdem sich die Abwanderung aus Basel-Stadt in den letzten Jahren beschleunigt hat. Neben der Sicherung der Steuereinnahmen sind folgende fünf Zielsetzungen von Bedeutung:

- Steigerung der Lebens- und Wohnqualität im Kanton Basel-Stadt.
- Stärkung der Bedeutung der Stadt Basel als attraktives und lebendiges kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Region und als drittgrösste Stadt der Schweiz.
- Annähern der Bevölkerungsstruktur Basels, was Alter und Einkommen betrifft, an den gesamtschweizerischen Durchschnitt.
- Integration von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern in Basel.
- Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Basel und den umliegenden Gemeinden inner- und ausserhalb der Kantons- und Landesgrenzen.

## «Darum gibt es die WERKSTADT BASEL»

Die Statistiken der letzten Jahre zeigen, dass im Kanton Basel-Stadt die Einwohnerzahlen sinken, dass immer mehr ältere Menschen dort leben und dass die Einnahmen aus der Einkommenssteuer zurückgehen. Als Stadt und regionales Zentrum muss Basel speziell hohe Kosten tragen. Andere Schweizer Städte verzeichnen zwar gleiche Tendenzen. Die Besonderheit, dass die stadtnahen Gemeinden aber ausserhalb der Landes- und Kantonsgrenzen liegen, erschwert die Situation Basels. In der WERKSTADT BASEL entwickelten Einwohnerinnen und Einwohner innovative Ideen, um den Lebens- und Wohnraum aufzuwerten, damit Basel künftig eine zukunftsfähigere Entwicklung erfährt.

In einer ersten Projektphase (ab November 1997 bis März 1998) haben mit Hilfe von breit abgestützten Trägerschaften 38 Innovationswerkstätten in allen 16 Quartieren der Stadt und den beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen stattgefunden. Ziel der Innovationswerkstätten, an denen sich rund 900 Personen beteiligt haben, war, dass die Bewohnerinnen und Bewohner als Fachleute ihres Wohnumfeldes sagen konnten, was sie an der heutigen Situation im Quartier oder in der Gemeinde stört und was sie entsprechend ändern wollen. Dabei kamen rund 340 Projektideen zur Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität zusammen, wobei alte Anliegen mit neuen innovativen Ideen verknüpft wurden.

Diese Projektideen wurden in der zweiten Projektphase (Juni 1998 bis Dezember 1998) 25 themenbezogenen Konsens-Konferenzen zugeordnet, um die Ideen weiterzuentwickeln und konsensfähige Massnahmenpakete zu schnüren. Neben den Vertreterinnen und Vertretern aus den Innovationswerkstätten beteiligten sich an den Konsens-Konferenzen auch betroffene Interessenverbände sowie Expertinnen und Experten aus der kantonalen Verwaltung (Total Beteiligte: rund 400 Personen). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konsens-Konferenzen arbeiteten unter Leitung professioneller Moderatorinnen und Moderatoren nach der Win-Win-Strategie: Sie suchten nach Lösungen, die für alle beteiligten Parteien einen Fortschritt und damit Gewinn bedeuten. Dieser Gewinn bedeutet für sie mehr als das, was sie aus Verhandlungsgründen aufgeben mussten.



*Breite*



*Güterstrasse*



*Horburg*



*Kaserne*



*Münster*



*Novartis*

Die ausgewogenen Massnahmenpakete der Konsens-Konferenzen hat der Regierungsrat mit Unterstützung aller Basler Departemente in konkrete Beschlüsse zu Massnahmen gefasst und im «Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel» im Juni 1999 veröffentlicht. Dieses Aktionsprogramm enthält im ersten Teil drei Impulsprojekte im Sinne einer inhaltlichen Priorisierung:

Im Impulsprojekt «Rhein» sind Massnahmen zusammengefasst, dank deren Realisierung die Bevölkerung den Rhein als wertvollen Freiraum wieder verstärkt und neu entdecken kann. Einbezogen werden nicht nur die Rheinufer, sondern ganze Quartiere, die am Rhein liegen. Die Zugänglichkeit zu den Rheinufern soll verbessert, der hervorragende Erholungsraum aufgewertet und belebt werden. Um dies zu erreichen, soll zum Beispiel ein Badestrand entlang der Rheinpromenade aufgeschüttet werden. Aufgewertet wird aber auch die Innenstadt, zum Beispiel durch die Belebung des Münsterplatzes im Herzen der Altstadt, indem unter anderem Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum umgewandelt werden.

Das Impulsprojekt «5000 Wohnungen für Basel-Stadt» hat als Hauptziel die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit vor allem private Investoren innerhalb der nächsten zehn Jahre 5000 neue Wohnungen an guten Lagen errichten können. Zu diesem Zweck wird eine Task-Force «Wohnen» mit einem umfangreichen Pflichtenheft eingesetzt.

Mit dem Impulsprojekt «Rahmenkredit Wohnumfeldaufwertung» soll die Lebensqualität in den Quartieren entschieden verbessert werden. Auch dieses Impulsprojekt soll Investitionen in den Wohnungsbau, in Renovationen und andere Reurbanisierungs-Massnahmen ermutigen. Mit dem Rahmenkredit von durchschnittlich fünf Millionen Franken pro Jahr will der Regierungsrat während fünf Jahren Projekte zur Verbesserung der Wohnqualität rasch und unbürokratisch realisieren. Gegen diese Kreditvorlage haben im Winter 1999 bürgerliche Vertreter das Referendum erhoben. Im März 2000 hat eine deutliche Mehrheit der Basler Bevölkerung mit 60% der Kreditvorlage der Regierung zugestimmt. In dieser Hinsicht darf die WERKSTADT BASEL ihren ersten sichtbaren Erfolg verbuchen.

Im zweiten Teil des Aktionsprogrammes sind Massnahmen erläutert, für deren Prioritätensetzung verschiedene Kriterien gelten, unter anderem die regierungsrätlichen Zielsetzungen für die WERKSTADT BASEL, die finanziellen Möglichkeiten oder zeitliche und personelle Ressourcen. Diese Massnahmenpakete, die der Regierungsrat realisieren will, gliedern sich in die acht Themenbereiche Wohnen, Verkehr, Soziales und Bildung, Schnittstelle Bevölkerung und Verwaltung, Stadtmarketing, Gemeinden sowie Agglomerationskonferenz. Die Umsetzung der Massnahmen für Riehen und Bettingen haben die zuständigen Gemeinderäte an die Hand genommen.

Aufgrund der Erfahrungen im Dialogprozess WERKSTADT BASEL sind die folgenden drei Punkte für den Erfolg entscheidend:

1. Massgeblich zum Gelingen des Projekts haben die Moderatorinnen und Moderatoren der Innovationswerkstätten und Konsens-Konferenzen beigetragen. Es waren Persönlichkeiten aus der Stadt Basel, die bezüglich der ausgewählten Themen eine neutrale Position, ein offenes Ohr für die Anliegen und Interessen aller Beteiligten hatten und Mut und Fantasie entwickelten, wenn die Verhandlungen in einer Sackgasse steckten.
2. Bei einem solchen Projekt besteht schnell die Gefahr, dass Erwartungen in der Bevölkerung geweckt werden, die kaum zu erfüllen sind. Deshalb muss von Anbeginn in der Öffentlichkeit verdeutlicht werden, dass mit diesem Projekt die Welt nicht aus den Angeln gehoben wird, und sich nicht sämtliche Probleme damit lösen lassen. Ein solcher Dialogprozess ermöglicht aber, neue Energien freizusetzen, die zu Veränderungen beitragen.

3. Das Projekt WERKSTADT BASEL hat sich gegenüber der Öffentlichkeit als komplexes Projekt präsentiert, denn der Zusammenhang zwischen den sechs Zielsetzungen und dem Dialogprozess als Vorgehen ist nicht unmittelbar ersichtlich. Das Verständnis für die Qualität und die Bedeutung des Projekts kann denn auch nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Man muss den Prozess sozusagen fast miterleben, um ihn auch zu verstehen. Von Bedeutung sind deshalb die direkte Kommunikation, eine breite Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligte, die als Multiplikatoren die Erfahrungen mit dem Prozess weitertragen können.

Auch wenn die WERKSTADT BASEL nicht unter dem Titel «Lokale Agenda 21» gestartet ist, trifft der Dialogprozess von der Vorgehensweise und der Wirkung her genau diese Stossrichtung, die notwendig ist, um eine Nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene zu realisieren: Einbezug der Betroffenen, Suche nach Konsenslösungen, Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung mit Massnahmen zur Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität. 



*Schaffhauser Rheinweg*

## **WERKSTADT BASEL – Antworten auf neun Fragen**

### **Weshalb eine Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner?**

Studien aus der Schweiz und dem Ausland kommen zum Schluss, dass der Einbezug der Einwohnerinnen und Einwohner und deren Anliegen zentral ist: Er fördert die nachbarschaftlichen Beziehungen, den Quartiergeist und die Verankerung von neuen und bisherigen Bewohnerinnen sowie Bewohnern im Quartier.

### **Ist die WERKSTADT BASEL nur ein Projekt für die Reichen?**

Nein, denn es ist ein Projekt, zu dem alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt eingeladen sind. Zusammen stärken die beteiligten Einwohnerinnen und Einwohner mit ihren Ideen die Lebensqualität und die Attraktivität des Kantons.

### **Reicht eine Befragung nicht aus?**

Mit den Innovationswerkstätten wird das herkömmliche Vorgehen von Befragungen ergänzt: Anstatt dass die Bewohnerinnen und Bewohner einen vorbereiteten Fragebogen mit einem ausgewählten Themenkatalog ausfüllen, formulierten sie gemeinsam einen Themenkatalog, der ihre Anliegen rund ums Quartier vorbringt. So kamen Themen zur Sprache, die in keinem Fragebogen auftauchen würden. Diese Themen waren deswegen eine wichtige Ergänzung zu verschiedenen Befragungen und Studien, die parallel zur WERKSTADT BASEL durchgeführt werden.

### **Erreichen Quartierorganisationen nicht genug im Alleingang?**

In Basel haben Quartierorganisationen eine lange Tradition und eine wichtige Bedeutung für die Quartierbewohnerinnen und -bewohner. An diese Arbeit hat die WERKSTADT BASEL angeknüpft. In einem koordinierten Prozess sammelte sie in verschiedenen Veranstaltungen alle Anliegen und Projekte. Die WERKSTADT BASEL wertete diese aus und leitete sie an die entsprechenden Stellen weiter.

### **Sind Konsens-Konferenzen teure Plauderstunden auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler?**

Konsens-Konferenzen helfen Pattsituationen zu überwinden. Dies zeigen die langjährigen Erfahrungen mit diesem Vorgehen. Gegensätzliche Standpunkte werden den Teilnehmenden verständlich gemacht, sodass anschliessend konkrete Projekte aus der WERKSTADT BASEL resultieren, die breit abgestützt sind.

Zudem hatten die Projektvorschläge der Konsens-Konferenzen einen klaren Adressaten: Der Basler Regierungsrat verpflichtete sich, die Projektvorschläge anhand der sechs Zielsetzungen zu prüfen, ob sie Basel als Lebens- und Wohnraum aufwerten und die Abwanderung stoppen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Konsenskonferenz hatten für ihre Arbeit einen klar definierten Auftrag.

### **Wie setzten sich die Gruppen zusammen?**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Innovationswerkstätten und Konsenskonferenzen waren Einwohnerinnen und Einwohner der Basler Quartiere und der beiden Landgemeinden. Die Gruppen waren eine bunte Zusammensetzung von Personen verschiedenen Alters, verschiedener politischer Prägung, verschiedener Herkunft und verschiedener Berufssparten. Hauptbedingungen für die Teilnahme waren: Interesse an der Entwicklung des Kantons Basel-Stadt und man sollte sich auch deutsch verständigen können.

### **Wer garantiert, dass sich nicht immer die gleichen Personen engagieren?**

Zu den Innovationswerkstätten und Konsenskonferenzen lud in jedem Quartier eine Trägerschaft ein, in der verschiedene Quartierorganisationen, Parteien und Kirchen vertreten sind. Damit ist die Trägerschaft im Quartier breit abgestützt, und viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner wurden auf den unterschiedlichsten Wegen eingeladen und motiviert, am Prozess teilzunehmen.

### **Kennt man nicht bereits die zentralen Probleme von Basel?**

Jeder von uns kann eine persönliche Liste mit Problemen auf Quartier- und Stadtebene nennen, nicht nur Stadtforscherinnen und -forscher oder Politikerinnen und Politiker. Notwendig ist, dass man gemeinsam auslotet, welches die zentralen Probleme sind und welche Lösungen man anstrebt. In der WERKSTADT BASEL sammelten Einwohnerinnen und Einwohner in einem koordinierten Prozess Anliegen, für die sie anschliessend gemeinsam Ideen für Lösungen entwickeln.

### **Was kostet die WERKSTADT BASEL den Basler Steuerzahler?**

Der Grosse Rat hat dafür im Mai 1997 einen Kredit von rund 900'000 Franken bewilligt.